

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis monatl. R. 0,50, vierteljährl. R. 1,50. —
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
Innenlande 1930. — einjähr. Postbestellgeld.
Einzelnummern 25 R. u. Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Reutlingen. Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren
Raum R. 35.—, auswärts R. 40.—, u. Reklame-
zeile 100 R. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Directen u. bei Auslieferung werden
jeweils 10 R. mehr berechnet. Schluss der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Kon-
kursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachahrgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt: Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 6

Februar 1923

Wildbad, Dienstag, den 9. Januar 1923

Februar 1923

58. Jahrgang

Was wird Amerika tun?

Der Pariser Zusammenbruch muß in erster Linie seine Wirkung in Amerika zeigen. Die Politik der vierzehn Punkte vertritt keine Wiederholung, ohne daß die Welt an Amerika irre werden müßte. Dazu kommt, daß mit dem schlichten Mißklang von Paris an der Weltlage im allgemeinen wie an der amerikanischen Lage im besondern nicht das mindeste zum Besseren gewandt worden ist. Amerika wird um seiner selbst willen sich bei dem Ergebnis von Paris nicht beruhigen können. Staatssekretär Hughes hat angedeutet, daß Amerika nicht mit politischen Lösungen der europäischen Wirtschaftskrisen rechnet, sondern nur wirtschaftliche Lösungen erhofft und erstrebt. Paris aber hat das amerikanische Programm glatt über den Haufen geworfen, indem es die wirtschaftliche Lösung schroff ablehnte und an seine Stelle in nachdrücklichster Form die politische zu setzen wünscht. Amerika muß sich also nicht nur um all seine berechtigten Hoffnungen betrogen sehen, sondern muß sich auch von Frankreich in einer Art behandelt fühlen, die einer ausgelegten Mißachtung gleichkommt. Alle seine Ratsschlüsse sind in den Wind geschlagen, seine Forderungen sind als belanglos zur Seite geschoben worden. Ob sich eine solche Behandlung mit der Würde einer Großmacht und ganz besonders mit dem Bewußtsein der ausgleichgebenden Stegarmacht, die gleichzeitig die größte Gläubigermacht darstellt, leicht in Einklang bringen läßt, muß Amerika selber entscheiden.

Aber wichtiger als das sind für Amerika die wirtschaftlichen Folgen des Pariser Fehlschlages. Amerika hat zunächst erkannt, daß der Gläubiger nur dann zu seinem Geld kommt, wenn der Schuldner am Leben und wenn er zahlungsfähig erhalten oder zahlungsfähig gemacht wird. Amerika hat über 10 Milliarden Dollar zu fordern, aber weder Frankreich noch Italien und die übrigen können auch nur die Zinsen zahlen mit Ausnahme von England, das augenblicklich eine Abordnung unter Führung des Schatzkassiers Baldwin und des Präsidenten der Bank von England drüben hat, um die bisherige einfache Schuldverschreibung in eine feste Anleihe umzuwandeln. Die Auseinandersetzung über diese Schuldentragung nimmt allmählich recht unangenehme Formen an und zeigt, daß bei Geldsachen auch unter Kriegsfreunden die Gutmütigkeit aufhört. Aber der amerikanische Steuerzahler erfährt durch bloße Verhandlungen über Schulden und gemeinsame Kriegsauswendungen und über die verschiedenen Anteile am Krieg und Sieg keine Erleichterung, sondern er muß das zahlen, was die Verbündeten schuldig bleiben. Daß die Stimmung dadurch nicht verbessert wird, wäre noch nebensächlich; aber es wächst allgemach die Schwierigkeit, die Steuern überhaupt aufzubringen, nachdem es vielfach unmöglich geworden ist, die alten Reichsquellen des Landes, die Ausfuhr, dauernd am Fließen zu erhalten. Der Farmer fährt ein verzwieseltetes Dasein, das ihn zum Steuertreib treibt und zur Bankrottspolitik. Der Baumwollpflanzer hat zwar hohe Preise, aber eine verminderte Ernte, und das Kupfer will sich nicht in Gold verwandeln, sondern liegt seinen Erzeugern wie Blei im Magen. Und warum? Weil das hausherrliche Europa die Dinge nicht abnehmen kann, die Amerika loswerden muß, wenn es wie bisher in Gang erhalten bleiben will.

Ein englischer Beobachter, der seine Wirtschaftserfahrungen hauptsächlich in Amerika erworben hat, Sir Edward Mac Kay Edgar, hat kürzlich im Londoner „Daily Telegraph“ für die Vereinigten Staaten eine Wirtschaftskrise vorausgesagt, die alles bisher Dagewesene übertreffen werde, und zwar wohl innerhalb der nächsten zehn Jahre schon. Was der Engländer Mac Kay Anfang Oktober auf der Versammlung der amerikanischen Bankiervereinigung gesagt hat, das hat zum großen Teil die Politiker Amerikas zum Nachdenken angeregt und hat die Regierung wie den Kongreß zu seiner jetzigen Haltung mißbestimmt. Der Gläubiger Amerika und seine Bankleute wie seine Steuerzahler haben erkannt, was ihnen droht, wenn die wahnwitzig gewordene Politik Frankreichs fortfährt, die Weltwirtschaft im Chaos zu erhalten. Sie haben erkannt, daß der Vertrag von Versailles Deutschland Lasten aufbürdet, die es niemals tragen oder abtragen kann, und die selbst den Empfängern zum Unheil gereichten müßten, wenn sie erfüllt werden könnten. Poincaré mag noch so sehr von der deutschen Zahlungsfähig-

Tagespiegel

Reichskanzler Cuno wird im Reichstagsauschuss für Auswärtiges ausführlich über die Lage sprechen. Sollten im Innern Parteischwierigkeiten eintreten oder seiner Politik das Vertrauen verweigert werden, so würde der Reichskanzler nicht zurücktreten, sondern nötigenfalls den Reichstag auflösen.

Staatssekretär Bergmann III aus Paris in Berlin eingetroffen, um über die Pariser Konferenz der Reichsregierung Bericht zu erstatten. Die Regierung wird nur mit dem Verband als solchem, nicht mit einzelnen Mittelländern (Frankreich) verhandeln, auch wenn von feindlicher Seite Gewalt angewendet würde.

Reuter meldet, im Senat in Washington sei ein Antrag angenommen worden, die amerikanischen Truppen aus dem Rheinland zurückzuführen. — Nach der „Chicago Tribune“ wird der Senat in das Herreskostengesetz die Bestimmung einfügen, daß Regierungsgelder für die amerikanischen Truppen im Rheinland nicht verwendet werden dürfen. — Die Vereinigten Staaten scheinen demnach das Gewehr wieder bei Fuß gefest zu haben und abwarten zu wollen, bis sie von Europa angerufen werden.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel und Außenminister Grünberger sind in Budapest eingetroffen und vom ungarischen Reichsoberwesler empfangen worden.

heut liegen, Amerika ist ebenso sehr vom Gegenteil überzeugt. Wie es diese seine Ueberzeugung in die Tat umsetzen wird, werden wir wohl bald erfahren, denn es hat seine Schritte für die Zeit nach dem Schluß der Pariser Konferenz angekündigt. Zunächst hat es in Aussicht gestellt, daß es die deutsche Leistungsfähigkeit feststellen lassen will, und zwar nicht durch die Gläubiger Deutschlands noch durch Deutschland selber, sondern durch eine unparteiische Gruppe hervorragender Volkswirtschaftler und Finanzleute. Sobald diese Erhebung erst einmal vorgenommen sein wird, wird viel gewonnen sein. Amerika wird dann den Schreibern, die immer das Gegenteil behaupten, kurzerhand das Maul stopfen können. Welche anderen Mittel ihm noch zur Verfügung stehen, das zu entdecken wird ihm nicht schwer fallen, und daß es über solche verfügt, ist keine Frage. Ob das amerikanische Gewissen nebenbei auch noch ein wenig zu schlagen anfängt, soll nicht weiter untersucht werden; Zeugnisse in dieser Richtung liegen vor. Wenn aber für Amerika je der Augenblick gekommen war, der Welt einen Dienst zu erweisen, dann ist er jetzt gekommen. Daß dieser Dienst gleichzeitig auch Amerika geleistet wird, müßte, so sollte man meinen, die Triebkraft dazu verstärken.

Der dreißigjährige Gottesfrieden

Reichskanzler Cuno hat den Franzosen einen 30jährigen Gottesfrieden vorgeschlagen. Am Rhein und wegen des Rheins dürfe es zwischen uns und den Franzosen innerhalb der Dauer eines Menschenalters keinen Krieg geben. England soll dabei der Partner und Amerika der Treuhänder sein. Und wenn je ein Krieg droht, dann sollen die Rheinstaaten durch Volksabstimmung die Entscheidung treffen.

Vorher noch der amlich aufgesetzte Antrag in Paris einließ, hat Poincaré im „Weissen Hause“ in Washington mitteilen lassen, Frankreich werde und könne sich nie darauf einlassen. Frankreich will von dem Frieden nichts wissen und heute, nach Bekanntgabe des englischen Plans, erst recht nicht. Alles, was Poincaré wegen „unbestimmter Zeitdauer“ und dergleichen Bedenken äußerte, ist eitel Lüge.

Was aber bezweckte Dr. Cuno mit seinem Antrag? Der Reichsminister des Innern Dr. v. Rosenberg meint, die Reichsregierung wolle nichts anderes, als die 15jährige Besetzung der Rheinlande möglichst bald auflösen. Der Reichsregierung käme es darauf an, Frankreich für ein Mehrfaches der vorgeschlagenen Besetzungsfrist Sicherheit und Beruhigung zu verschaffen.

Wiederholt hat Dr. Cuno erklärt, daß Deutschland um keinen Preis dulden werde, daß die Leiden unserer Brüder am Rhein, die Besetzung auf nur einen Tag über die 15 Jahre, also über den 5. Januar 1935, hinaus verlängert werden. Aus diesem Beweggrunde heraus ist das Friedensangebot zu verstehen.

Und wahrlich, wenn eine Not und Frage uns heute bis ins innerste Herz hinein zeigen muß, so ist es neben der unseligen Enschädigungsfrage die ebenso unselige Besetzungsfrage. Man denke an die „Schwarze Schmach“, diesen Schandfleck, den nichts mehr von dem

französischen Namen abwaschen wird! Man denke an die unsinnigen Kosten, die die Besatzungsarmee mit ihrer Unterhaltung, mit ihren Kasernen, Exerzierplätzen, Flugplätzen, Offiziers- und Unteroffizierswohnungen, Kosten, mit denen man in kürzester Frist alle zehn nordfranzösischen Provinzen, die im Krieg — von den Verbündeten zusammengeschoßen worden sind, flott wieder aufbauen könnte. Kostet uns doch die Besatzungsarmee in 15 Jahren nicht weniger als 10 Milliarden Goldmark oder jährlich in Goldwährung 50 Prozent mehr als unser großes Meer in der Vorkriegszeit oder mehr als unsere gesamte Armee und Flotte zusammen im Jahr 1913.

Dr. Cuno hat Frankreich einen 30jährigen Gottesfrieden angeboten. Es ist noch nicht lange her, da hat Lloyd George auf der Konferenz von Genoa der Menschheit einen sechsmonatigen „Gottesfrieden“ vorgeschlagen. Es ist nichts daraus geworden, denn Poincaré hat ihn nicht gewollt. Auch den 30jährigen Gottesfrieden hat er verworfen. Tut nichts! Wenn es auch nicht auf den ersten Stieb gelang, den Giftbaum am Rhein niederzuliegen, einmal wird es doch gelingen. Hochmut kommt vor dem Fall, und nicht selten früher, als Menschen ahnten. W. H.

Englands Rache

Die Einigung mit der Türkei

England hat in dem Zusammenbruch der Pariser Konferenz eine schwere diplomatische Niederlage erlitten, schlimmer noch: es hat eine unerhörte Beleidigung durch Frankreich erfahren, warüber die „herblichen“ Abschiedsreden zwischen Bonar Law und Poincaré nicht hinwegtäuschen konnten. Niemand wird sich wundern, wenn prompt der Gegenschlag erfolgt. Dieser Gegenschlag wird nicht geführt in der Enschädigungskommission (durch den Rücktritt Bradburys), auch nicht im Rheinland (durch Abberufung der britischen Besatzung), sondern in — Lausanne durch eine englisch-türkische Verständigung. Darüber erhalte ich folgenden Souffleur Sonderbericht eines Schweizer Mitarbeiters:

Die englische Regierung hat es auf der Türkent Konferenz durchgesetzt, daß die Verhandlungen unbeeinträchtigt durch den Krieg von Paris fortgesetzt werden. Die Großmächte mußten sich zu einem „Comité de Coordination“ zusammenschließen, dessen Mitglieder Lord Curzon, der Franzose Barrère, der Italiener Garroni und der Japaner Hoshiji sind. Das Komitee hat die einzige Aufgabe, den Friedensvertrag mit der Türkei neu aufzulegen, wobei die beiden letzten Kapitel, betreffend die Südgrenze von Kleinasien und die Mossulfrage meißlich unberührt bleiben. Am 9. oder 10. Januar soll das Werk vollendet sein. Auch in den Unterkommissionen für Minderheiten und Kapitulationen geht die Arbeit weiter. Die englischen Sachverständigen und der Angoranvertreter Ismed Bolsha beherrschen hier das Feld. Ismed erklärt zwar, er wolle keinen Finger über seinen bisherigen Ansprüchen abheben. Aber alle Eingeweihten wissen, daß Hassan Bey mit neuen entgegenkommenden Vorschlägen des Parlaments von Angora unterwegs ist. In der Kapitulationsfrage ist England zu einem Vergleich bereit, wenn die Türken hinreichende Sicherheiten für eine neue Sechshandlung gegen die Nichttürken geben. In der Unterkommission für finanzielle Fragen bringt andererseits die türkische Abordnung einen Gegenvorschlag ein, der die Verteilung der osmanischen Schuld auf die Nachfolgestaaten neu regelt. Und England läßt mit sich reden! Die französische Vertretung ist seit einigen Tagen so gut wie ausgeschaltet, da Poincaré, überlastet durch die „Kriegsvorbereitungen“ gegen Deutschland, ihr keine Anweisungen mehr ausgeben läßt. England nützt diese Schwäche aus, und man wird in der Vollstreckung, die auf die neue Woche verschoben wurde, eine große Ueberraschung erleben!

Soweit der Lausanner Bericht. Er wird gemäßigter bestärkt durch eine von englischer Seite verbreitete Meldung, der gesandete Sultan Mohamed VI. werde sich von Malta auf einem englischen Schiffe nach — Mekka begeben. England muß sich also mit Angora durch irgend welche Sonderabmachungen geeinigt haben. Der neue Kalif Abdül Medschid, der von der Nationalversammlung in Angora eingesetzt wurde, bleibt in Konstantinopel. Dafür aber wird Mohamed Kalif in Mekka, und zwar unter dem Schutz der von England abhängigen Freidynastie. Mit diesem Kalifat in Mekka findet sich der türkische Nationalflott ab, wenn England einen Gegenwert bietet. Es bietet die Aufhebung des Vertrags von Sevres, und man erkennt bereits deutlich die Fäden des Riesenplans, die in London gewoben werden. Es ist ein Plan Lord Curzons, des ehemaligen Vizekönigs von Indien. Curzon vertritt seit Jahren den Gedanken, daß nicht nur Indien, sondern dies durch die Erziehung der geistigen Oberschicht gerechtfertigt ist, einem beratenden Parlamentarismus entgegengeführt werden müsse, um nicht zu explodieren, sondern daß auch die mohammedanische Völker

zwischen Indien und dem Mittelmeer zu selbständigen und doch wiederum von England abhängigen Staatsgebilden kristallisiert werden müssen. Mesopotamien, Transjordanien, der Zionistenstaat, das Königreich Hedschas und neu das Kalifat des bisherigen Sultans in Mekka sind Glieder in der Kette des Kurzon'schen Gedankens. Ein neues britisches Herrschaftsgebilde, der kleinasiatische Staatenbund der mohammedanischen Fürstentümer ist im Werden. Dieses neue Gebilde, von ungeheurer Tragweite für den künftigen Gang der Weltgeschichte, wird in Lausanne noch nicht Ereignis werden. Aber wenn England auf dieser Konferenz seinen Frieden mit den Türken macht, und die französischen Ansprüche dabei hinausdrückt, so hat es einen heilsamen Gegenschlag auf die Pariser Konferenz geführt und seine Sache für die Schlange in der Entschädigungspolitik gewonnen. Der französische Herrschaftsbündel dürfte dabei zu der Einsicht kommen, daß seine Bäume nicht in den Himmel wachsen werden.

Die britische Arbeiterpartei

Die britische Arbeiterpartei hat bei den Unterhauswahlen im vorigen Jahr 4,2 Millionen Stimmen aufgebracht gegen 5,3 Millionen Stimmen der Konservativen und 4,1 Millionen Stimmen der beiden liberalen Parteien. Während des Kriegs sahen 42 Abgeordnete der Arbeiterpartei im Unterhaus, bei den berühmtesten „Abwahlwahlen“ Lloyd Georges 1918 für die „Unionsregierung“ errangen sie 57 Sitze, im Herbst v. J. stieg die Zahl auf 142. Der Übergang aus einer rein gewerkschaftlichen Bewegung zur politischen Partei ist vollzogen, sie ist, wie der Arbeiterführer und frühere Minister Lloyd Georges, Henderson, im Vorwort zu einem „Handbuch für Arbeiterredner“ schreibt, „Seiner Majestät Opposition“ geworden, dergestalt, daß der Führer der amtlichen Opposition nicht mehr wie seit Jahrhunderten in England herkömmlich, der unterlegene Ministerpräsident, etwa Lloyd George oder Asquith, ist, sondern der Arbeiterführer Ramsay MacDonald. Mit Ausnahme der „unabhängigen Arbeiterpartei“, die bei den letzten Wahlen rund 30 000 Stimmen aufbrachte, steht die britische Arbeiterpartei dem Sozialismus in deutschem Sinn fremd, ja ablehnend gegenüber und es ist bezeichnend, daß im Inhaltsverzeichnis des genannten Handbuchs das Wort Marx oder Marxismus nicht vorkommt, der großen Mehrzahl der englischen Arbeiter sind diese Namen überhaupt unbekannt. Das einzige wirklich sozialistische Blatt in marxistischem Sinn ist der „Daily Herald“, der aber trotz großer Zusätze, namentlich aus Moskau, sich kaum über Wasser halten kann. Seine geistige Nahrung zieht der englische Arbeiter nach wie vor in der Hauptsache aus den meist konservativen Sonntagsblättern, von denen jeden Sonntag etwa 10 Millionen durch die Arbeiterkreise gehen. Die britische Arbeiterpartei ist durchaus national, nicht international, und selbst die „unabhängige Partei“ stellt sich, in der Art der früheren „Kathedersozialisten“ Deutschlands, auf den Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung und sie verzieht in der Praxis nie den Klassenkampf, sondern die Notwendigkeit guter Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. So lehnt die britische Arbeiterpartei im Sinn ihrer hervorragenden Führer Mac Donald, Clynes, Webb, Morel, Thomas, Snowden, Trevelyan, Bonser, Hastings u. a. die Revolution unbedingt ab. In der inneren Politik verlangt sie die Nationalisierung (wegen der im Krieg sehr unbeliebt gewordenen Bureauratze vermeidet man absichtlich das Wort „Verstaatlichung“) der Kohlenbergwerke und der Eisenbahnen und die Abtragung der Staatsschulden durch stufenmäßige Abgaben von Vermögen, die 5000 Pfund (100 000 Goldmark) übersteigen. Die Arbeitslosigkeit soll durch öffentliche Arbeiten, die der Allgemeinheit nützen, bekämpft werden. In allen Industrien soll eine Mindestlebenshaltung gesichert sein — Bestrebungen, die im politisch-wirtschaftlichen Leben Englands eigentlich schon wirksam sind, und die durch die Arbeiterpartei eine folgerichtige Durchführung und Beschleunigung erfahren sollen. In der äußeren Politik wird in dem Handbuch der Vertrag von Versailles scharf verurteilt und die Aufhebung oder grundlegende Abänderung verlangt. Aber auch auf diesem Gebiet bleibt die Wesensart des englischen Arbeiters im Grund die alte, die nationale, die dem deutschen Standpunkt und den geschichtlichen Tatsachen nicht in allweg gerecht zu werden vermag.

Im Himmelmoos.

Von Hermann Schmid.

22.

(Nachdruck verboten.)

„Schau,“ begann der Alte und setzte sich bequemer in seinem Stuhl zurecht, „schau — bei mir auf meinem Hof gefällt mir die Wirtschaft nicht mehr recht; es fehlt ihm und vorn, wo ich nicht selber sein kann. Die Judita ist auch eine alte Person, die jeden Tag zuwiderer wird; mit meinen Buben ist kein Vertrauen. . . . Laß mich ausreden!“ fuhr er fort, als Engel mit rascher Geberde Miene machte, ihn zu unterbrechen. „Schänd' mir meinen Kram nit, bis ich ihn ganz ausgelegt hab'! — Ich bin wohl kein heutiger Haß mehr, aber auch kein alter Krachzer. Mander andere in noch älteren Jahren hat es schon so gemacht, und es ist gut ausgefallen, und wenn ich mir Alles so recht überleg', was ihm gehört, und fähr' selber noch eine Bäuerin auf den Himmelmooser Hof, und die Bäuerin, Mabel, sollst Du sein.“

Die Zuhörerin war vor Überraschung aufgesprungen — glühende Röte quoll ihr über Hals und Gesicht. Himmelmooser, stammelte sie, „ich hätte nicht geglaubt, daß Ihr im Stand wäret, in einem so ernsthaften Augenblick Spaß mit mir zu treiben.“

„Ich denk' nicht d'ran,“ erwiderte er, „mir ist's voller Ernst. Und warum nicht? Wenn Du mein Weib wirst, hat alles Gered' mit einem Schlag ein End'. Alles wech nachher, daß ich keine schlechte Meinung von Dir hab'. Also besinn' Dich nit lang', sag' ja, und wie Du's verlangt hast, geh' ich auf der Stell' mit Dir zum Piarrer und bestell' die Stuhlfest.“

„Wirklich?“ stammelte das Mädchen. „Ihr wäret im Stand' mir einen solchen Antrag zu machen, und Ihr merkt gar nicht, daß Ihr mir damit eine noch viel größere Schand' antut, als Ihr mir schon angetan habt?“

„So — und wo wäre denn da die Schand'?“ rief der Alte und fuhr sich über das weiße Haar.

Die Kosten der Aufrüstung

Ueber die Aufrüstungen einiger Großstaaten veröffentlicht die österreichische Fachzeitschrift „Österreichischer Motor — Der Flug“ in Nr. 9 unter dem Schlagwort: „Die wieder Krieg“ folgenden Vergleich des amerikanischen Admirals Moffat. Für Aufrüstung geben 1919 aus: Amerika 32 Millionen Dollar, davon 15 Millionen für Heeresflugwesen, 17 Millionen für Wasserflugwesen, England 66 424 000 Dollar (hierbei sind Indien und die Kolonien nicht einbezogen), Frankreich 44 600 000 und Japan 18 723 681 Dollar. England hat, wie Lloyd George im Unterhaus mitgeteilt hat, für den Betrag von 2 Millionen Pfund Sterling 500 Flugzeuge in Auftrag gegeben.

Neue Nachrichten

Erklärung der Reichsregierung

Berlin, 8. Jan. Die Reichsregierung weist in einer durch WTB. veröffentlichten Erklärung die französische Behauptung von einer deutschen Verfehlung in der Kohlenlieferung zurück und erbringt den Beweis, daß die Kohlenlieferung für Deutschland, teils aber auch darauf zurückzuführen ist, daß die französische Behörde fortwährend große Mengen von angeliefertem Koks als anzehlich minderwertig zurückweist. — So läßt sich natürlich leicht eine „Verfehlung“ machen.

Deutschland soll gehört werden

Paris, 8. Jan. Die Entschädigungskommission, deren Sitzung auch Bradbury anwohnte, einigte sich, am Montag die deutschen Vertreter anzuhören.

Auf dem Sprung

Paris, 8. Jan. Die Blätter berichten, der französische Oberkommandeur, General Allen, habe seinen Stab in Eile zusammenberufen; die unter seinem Befehl stehenden Truppen seien in den Quartieren gehalten worden. Das 13. Dragonerregiment in Melun, sowie das 149. und 162. Feldartillerieregiment in Epinal sollen am Mittwoch am Rhein sein. Am 7. Januar gingen 40 Ingenieure der Marine von Paris nach Düsseldorf ab, wo sie weitere Befehle abwarten. Sie werden nach Essen kommandiert. In Toulon sind weitere Ingenieure eingezogen worden.

Hafen in der „Sanktion“

Paris, 8. Jan. Der Londoner Berichterstatter des „Matin“ meldet, Bonar Law werde demnächst prüfen, ob die Bestimmungen über die Zollverwaltungen im besetzten Gebiet mit dem von Frankreich bezw. Belgien beabsichtigten Militär- und Zollsystem vereinbar seien. Dieses System würde eine sehr heikle Frage schaffen, nämlich den französischen Eingriff in Geschäfte, die bis jetzt einzig und allein durch britische und amerikanische Offiziere der Zollposten geleitet worden seien.

Mit 300 000 Mann —

London, 8. Jan. Die „Times“ berichtet aus Paris, die Entschädigungskommission werde vielleicht noch in dieser Woche Dauer u. Bedingungen einer Zahlungsfrist festzulegen haben. Belgien werde sich an der militärischen Sanktion beteiligen, Italien sie mindestens moralisch unterstützen. Der militärische Mittelpunkt werde wahrscheinlich Essen sein, die Besetzung Bochums werde später kommen. Die ganze Truppenmacht, die Marschall Foch zur Verfügung habe, schätzungsweise 300 000 Mann, werde aufgeboden, wenn unerwartete Ereignisse eintreten sollten.

Dr. Heinze in München

München, 8. Jan. Die Justizminister Süddeutschlands haben am 5. Januar mit dem Reichsjustizminister Dr. Heinze in München eine Besprechung gehabt. Wie verlautet, hielt Bayern an seiner Forderung bei. Aushebung der Ausnahmegefesse fest. Im übrigen wurde die Umwandlung der Schöffengerichte, die Aufhebung der bayerischen Volksgerichte und die Errichtung eines süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik besprochen.

Neuartige Regierungsverbindung

Darmstadt, 8. Jan. Der Rücktritt des bisherigen (demokratischen) Justizministers in Hessen wird voraussichtlich eine

Umänderung der Koalition zur Folge haben, die dem immer schlechter gewordenen Verhältnis zwischen Zentrum und Demokratie in Hessen entspricht. Das Zentrum verlangt unbedingt den Eintritt der Deutschen Volkspartei. Nachdem Oberbürgermeister Kälb-Mainz die Uebernahme des Justizministeriums abgelehnt hat, soll nun Oberbürgermeister Dr. Köhler-Worms (Deutsche Volkspartei) angefordert werden. Falls dieser annimmt, würde die Regierungsverbindung aus Zentrum, Volkspartei und Sozialdemokratie gebildet sein, während die Demokraten ausscheiden.

Lloyd George beglückwünscht Bonar Law

London, 8. Jan. Lloyd George richtete aus Ronda (Spanien) ein Telegramm an den „Daily Chronicle“ und den „Daily Telegraph“, in dem er Bonar Law für seine Haltung auf der Pariser Konferenz beglückwünscht und die Gefahr darlegt, der Europa durch die Politik Poincarés ausgekehrt werde.

Eigenmächtige Polizeizustände

Halle, 8. Jan. Die „Halle'sche Zeitung“ berichtet: In einem Kaffeehaus, in dem es nachts 2 Uhr noch sehr lärmend zugeht, gebot ein Polizeibeamter Ruhe. Einer der noch anwesenden 15 Gäste stürzte sich auf den Beamten, der genötigt war, zur Waffe zu greifen. Ehe er aber Ernst machen konnte, wies sich der Angreifer — als der neue Polizeipräsident Runge von Halle aus. Darauf verließ der Polizeibeamte das Lokal. Da der Lärm sich fortsetzte, kam kurz darauf ein anderer Schutzmann, der zufällig Runge schon kannte. Runge befahl dem Beamten, Pistole und Seitengewehr abzulegen, und ließ von der nächsten Polizeiwache Leute herbeiholen, die den Beamten festzunehmen hatten. Die Polizeibeamten haben nun gegen Runge Anzeige wegen Freiheitsberaubung, tätlichen Angriffs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt erstattet. Dem Vorfall sollen auch der neue Regierungspräsident Bergemann-Merseburg und ein Polizeioberwarter beigewohnt haben.

Zur Erforschung der Kriegsschuld

Zürich, 8. Jan. Der neutrale Hauptauschuss für die Erforschung der Ursachen des Weltkriegs trat am 4. Januar in der Universität in Zürich zusammen. Der Ausschuss nahm mit Genugtuung Kenntnis von dem Bericht und stellte ein erfreuliches Fortschreiten der wissenschaftlichen Einzelarbeiten fest, wie sie nach dem Stockholmer Arbeitsprogramm verteilt worden waren.

Beschwerde der Russen in Lausanne

Lausanne, 8. Jan. Die russische Abordnung übergab gestern Lord Curzon eine Note, in der Beschwerde geführt wird, daß Rußland zu den Verhandlungen über die Meerengenfrage auf der Friedenskonferenz nicht mehr zugezogen werde. Es sei insofern zweifelhaft, ob etwaige ohne ihre Mitwirkung zustande gekommene Abmachungen die Grundlage für ein Einvernehmen mit Rußland abgeben können. Die russische Abordnung lehne daher die Verantwortung für einen Mißerfolg ab, falls die Uebung nicht aufgehoben werde, die Meerengenfrage in einem Sonderauschuss ohne Beziehung der Russen zu verhandeln.

Württemberg

Stuttgart, 5. Januar. Demokratischer Parteitag. Der Landesversammlung der Deutschen demokratischen Partei ging am Freitag ein Vertretertag voraus, der gut besucht war und an dem auch Staatspräsident Dr. Hecker, Finanzminister Dr. Schall und Friedrich Vayer teilnahmen. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden, Abg. Dr. Bruckmann-Heilbronn, erstattete Albert Hopf den Geschäftsbericht und Paul Illg den Kassenbericht. Der Vorsitzende und seine Stellvertreter wurden einstimmig durch Zuzug wiedergewählt. Sodann behandelte Abgeordneter Scheff alle wichtigeren Fragen, die den Landtag im letzten Jahre beschäftigt hatten. In der Nachmittagsitzung berichtete Reichstagsabgeordneter Dr.-Ing. Wieland über Reichspolitik.

Die Landesversammlung wurde am 6. Januar durch eine Trauerfeier für Konrad Haubmann und Theodor Lesch in der Konzerthalle der Lieberhalle, wobei Dr. Heuch die Rede hielt, eingeleitet. Die eigentliche Hauptversammlung im Festsaal eröffnete Abg. Dr. Bruckmann, worauf Dr. Negler die gegenwärtige politische Lage beleuchtete. Die Ausführungen gipfelten in dem Satz, daß die Forderungen des Londoner Ultimatus eine Unmög-

habt. Die hitzige Krankheit hat aber nit darnach gefragt, wie notwendig sie für das Haus gewesen ist und für mich; sie hat fort gemüht und hat mich allein zurückgelassen mit dem Buben, der noch keine drei Jahr alt gewesen ist und noch nit gewußt hat, was eine Mutter ist. Sie haben mir bald von allen Seiten zugered't, ich soll' wieder heiraten, aber es hat mich nichts getrieben; die Judita, die eine gute Freundin gewesen ist von meiner Alten, hat die Wirtschaft besorgt und den Buben dazu; ich habe auch schon meinen guten Bierziger auf dem Rücken gehabt und hab' gedacht, eine solche, wie meine Erste gewesen, krieg' ich doch nit wieder, und so hab' ich mir nichts einreden lassen und bin Witwer geblieben.“

Er war bisher geblüht, die Hände um die Knie faltend, dagesessen und hatte, wie mit sich selber sprechend, vor sich hin erzählt; jetzt sah er auf, ob das Mädchen ihm auch zuhöre. Er gewahrte die Spannung, die aus jedem ihrer Züge sprach und fuhr fort: „Und einmal — da sind gerad' wieder ein paar bespredenete im Heimgarten da gewesen und haben mir zugered't, und wie sie fort waren, bin ich draußen hinterm Haus gesehn, wo das kleine Wegel von den Bergen vorübergeht, und hab' mir über das Gered' so meine Gedanken gemacht. Da kommt auch noch die Judita mit ihrem Strickstrumpf und dem Buben, setzt sich neben mich auf die Bank und fängt ihre alte Predigt von vorn an — daß ich heiraten soll', daß es nit gleich im Augenblick sein müßt', daß ich mich aber umsehen und mir einweilen eine Bäuerin anschauen soll'. In dem, so kommt auf dem kleinen Bergwegel ein Tauzug daher; die Hebamme' trägt ein neugebornes Kind zur Tauf' in die Kirch' hinterter und die Gebatterin im schönsten Putz geht mit ihr — da schicht mir's auf einmal durch den Kopf. So will ich Ihr halt den Willen tun, Judita, hab' ich gejagt, hab die zwei Frauen gestellt und das Kindel angeschaut, das in dem Tauzug eingebunden gewesen ist und mit ein paar frischen blauen Augen um einander geschaut hat.“

(Fortsetzung folgt.)

lichkeit setzen. Durch den Einmarsch ins Ruhrgebiet werde der Vertrag zerfallen. — Fräulein Ministerialrat Gertrud W. u. m. e. r. sagte mit Recht, man hätte das Volk nicht so lange im Irrtum über seine wahre Lage leben lassen, sondern es beiseiten aufklären sollen. Eine schwere Wirtschaftskrise liege herauf, die nicht mit Zwangswirtschaft und Gewerkschaftspolitik, sondern nur durch Arbeitsregelung überwinden werden könne.

Stuttgart, 8. Jan. Erhöhung des Hagelversicherungsbeitrages. Der Beitrag der württ. Mitglieder der Nordd. Hagelversicherungs-Gesellschaft Berlin wird vom Jahr 1923 an von 100 auf 130 Proz. der Vorrämie erhöht.

Der Viehhändlerstreik ist nach einer von der Stadt Stuttgart veranlaßten Aussprache im württ. Ernährungsministerium am Freitag und einer darauf folgenden Versammlung des Viehhändlerverbandes am Sonntag a u f g e h o b e n worden. Der Ernährungsminister lehnte die verlangte Zurücknahme der Verfügung der Handelsverzeichnisse mit Rücksicht auf die Staatsautorität und aus sachlichen Gründen ab, versprach jedoch etwaige Härten, die sich in der Praxis ergeben könnten, abzustellen. In erster Linie müsse die Verlegung anerkannt und der Streik abgebrochen werden, widrigenfalls geprüft werden müsse, ob bei den in Betracht kommenden Händlern die Voraussetzungen für die Erteilung des Viehhändlerzeichens noch gegeben seien. Die Viehhändler beschloßen, den Dienstagmarkt wieder zu besuchen.

Ludwigsburg, 8. Jan. 70. Geburtstag. Am letzten Samstag feierte Regierungspräsident v. Wiedemann in voller Rüstigkeit den 70. Geburtstag.

Nedjarems O. A. Wäiblingen, 8. Jan. Baumfällender. In den Feiertagen hat ein junger Mann mutwilligerweise circa 15 schöne Obstbäume demoliert. Auf Vorhalt seiner Verwandten, einem solchen Vandalen gehören auch die Hände abgehauen, durchtrieb sich der junge Mann mit einem Beil die linke Hand. Nach starkem Blutverlust wurde er ins Spital nach Ludwigsburg verbracht.

Tübingen, 5. Jan. Todesfall. Professor D. Dr. W u r t e r von der evangelischen Fakultät der hiesigen Universität ist gestern Abend unerwartet rasch gestorben. Vor etwa 2 Wochen war er scheinbar an Grippe erkrankt. Eine plötzliche Herzlähmung nahm dem erst 82jährigen Gelehrten das Leben. Am 6. Dezember 1860 zu Hohenhausen O. A. Göppingen als Pfarrersohn geboren, besuchte Paul Wurster die Seminare zu Schöndal, Ulm und Tübingen. In der praktischen Seelsorge betätigte er sich 1888—1903 als Pfarrer in Heilbronn, von wo er kurze Zeit nach Blaubeuren übersiedelte. Dort wurde er zum Dekan gewählt. 1903 bis 1907 war er Professor und Direktor des Predigerseminars zu Friedberg in Hessen. Von hier wurde er zum Professor in Tübingen berufen.

Vom Schwarzwald, 8. Jan. Mahnung. Folgende beherrigenswerte Wohnung findet sich im Echo vom Hofdorf: Für 400 000 M. erwarb ein Handelsmann auf einem Bauernhof ein schönes junges Pferd. Wenige Tage darauf verkaufte er es in einer Nachbargemeinde für 1 Million Mark. Abgesehen von der unverantwortlichen Preistreibe wäre es doch besser, wenn die Landwirte bei Verkäufen usw. nicht die Inflationgebühren in der Presse scheuten, sondern gerade in ihrer Heimatzeitung derartige Verkäufe anzeigen. Dann würden sie nicht so oft übers Ohr gehauen werden.

Ravensburg, 8. Jan. Parteitag. Unter zahlreicher Beteiligung fand hier der Parteitag der oberbayerischen Zentrumsparlei statt, mit dem eine Verammlung der auf dem Boden des Zentrums stehenden Behrer verbunden war.

Der lutherische Weltkongress soll nach einem Beschluß der Allgem. ev.-luth. Konferenz und des luth. National-Kongress in Nordamerika vom 20. bis 25. August 1923 in Eisenach abgehalten werden. In Amerika werden Vertreter der Synoden, in Europa einzelne Persönlichkeiten eingeladen; etwa 200 Teilnehmer sind ins Auge gefaßt.

Lozales.

Wildbad, den 9. Jan. 1923.

Zum Eingekaudt vom 3. Januar. Herr Regierungsbaumeister Schmid, Architekt B. O. A., legt Wert darauf, mitzuteilen, daß er mit dem in dieser Nummer erschienenen Artikel „Der Löwe als Rathaus“ in keinerlei Beziehung steht.

Warnung vor Schwefelsäure im Düngesack. Die Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Dresden schreibt: In letzter Zeit wird von einer sächsischen Firma gemahlener Schwefelsäure Düngesack angeboten. Ist schon der Wert des gewöhnlichen Gipses als Dünger eine durchaus noch nicht genügend geklärt Frage, so ist hier, wo der Dünger 46,5 Prozent nutzlose Schwefelsäure, darunter sogar 2—3 Prozent in ungebundener, also direkt schädlicher Form, enthält, Vorsicht bei Verwendung anzuraten.

Die Reichspost rechnet für das Jahr 1923 mit einem Fehlbetrag von 300 Milliarden Mark. Der Reichsrat glaubte daher in seiner Sitzung am 5. Januar an dem vorgelegten neuen Gebührenplan keine Abstriche machen zu sollen, und so wird es bei der bereits gemeldeten Verdoppelung der Postgebühren vom 15. Januar an verbleiben. Ein einfacher Brief im Ostverkehr kostet demnach 20 Mark, darüber hinaus 50 Mark, eine Postkarte 10 bzw. 30 M. Porto. Für die Bestellung und Abholung von Paketen wird eine Gebühr erhoben.

Der neue Reichspost-Sparkommissar, der württ. Ministerialrat K e u t e r, strebt, wie berichtet wird, eine Umstellung der Wirtschaftsführung der Reichspost mit entsprechendem Personalabbau an. Der Betrieb soll auf eine kaufmännische Grundlage gestellt, der ordentliche Haushalt von früheren Belastungen befreit und durch Entschädigungen der allgemeinen Finanzverwaltung gestützt werden. Für die Gebührensrechnung sollen die Selbstkosten richtiggebend sein.

Verwendung von Metallkammern. Vor einiger Zeit hat die Postverwaltung angeordnet, daß die vorhandenen Metallkammern mit scharfen Spigen zum Verschluß von Briefsendungen nur noch bis Ende 1922 verwendet werden dürfen, vorausgesetzt, daß die Spigen noch untes umgebogen werden, damit sich die Beamten nicht verletzen können. Mit Rücksicht darauf, daß Händler und Verbraucher noch erhebliche Bestände solcher Kammern vorrätig haben, ist diese Frist jetzt für den Inlandsverkehr bis Ende Dezember 1923 verlängert worden.

Fahrradzeikarten. Auf einer Anzahl Eisenbahnstationen in der Umgebung größerer Städte werden Karten zu 90 M. wöchentlich oder 300 Mark monatlich ausgegeben, wogegen Fahrräder von Zeikarteneinhabern in Verwahrung genommen werden.

Vom Sternenhimmel. Die Sonne nähert sich im Januar dem Äquator von Süden her um 5% Grad; ihre Steigung

beträgt am 1. Januar 23 Grad, am 31. 17% Grad. Sie geht am 1. Januar 8 Uhr 17 Min. auf und 4 Uhr 9 Min. unter, am 31. Jan. 7 Uhr 53 Min. und 4 Uhr 55 Min., so daß also die Tageslänge um 1 Std. 10 Min. zunimmt, von 7 Std. 52 Min. auf 9 Std. 2 Min. Die Vormittage werden 24 Min., die Nachmittage hingegen 46 Min. länger.

Am 3. Jan. tritt Vollmond ein, am 10. ist das letzte Viertel erreicht, am 17. findet Neumond statt und am 25. ist das letzte Viertel wieder erreicht. In Erdnähe kommt der Mond am 8., in Erdferne am 23. Jan. Der Planet Merkur wird Mitte des Monats bis auf 1/2 Stunde am südwestlichen Abendhimmel sichtbar; im letzten Drittel des Monats wird er wieder unsichtbar. Venus leuchtet früh als hellstrahlender Morgenstern; ihre Sichtbarkeitsdauer nimmt aber langsam von 3 auf 2 1/2 Stunden ab. Mars ist den ganzen Monat vom Einbruch der Dunkelheit an bis 10 Uhr abends im Südwesten zu sehen. Jupiter geht anfangs gegen 1/4 Uhr, schließlich 1/2 Uhr auf und ist bis zum Hellwerden im Osten sichtbar. Saturn erscheint Ende des Monats bereits schon vor Mitternacht über dem Horizont. Der Fixsternhimmel leuchtet im Januar noch in voller winterlicher Pracht. Die Milchstraße steigt im Südosten auf, streift den Orion, bricht durch den Fuhrmann, Perseus und die Kassiopeia und erreicht im Nordwesten im Schwan wieder den Horizont.

Reserviert für Besatzungsgruppen. Um deutschen Reisenden peinliche Unannehmlichkeiten und Zwischenfälle zu ersparen, weist die Eisenbahnverwaltung ausdrücklich darauf hin, daß das Befahren der durch Aufklebettel gekennzeichneten, für die Besatzungsgruppen reservierten Abteile in allen Zügen des besetzten Gebietes für Zivilpersonen verboten ist. — Bemerkung überflüssig.

Allerlei

Schiller an Poincaré. Im „Tel“ schreibt Schiller:

„Wenn der Gedächtnis nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last, — greift er
hin auf gestirnten Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ewigen Rechte.“

Wam Müller-Guldenbrunn ist am 5. Januar im 71. Lebensjahr in Wien gestorben. Der vielgelesene, lebenswürdige Schriftsteller war der geistige Führer der Deutschen im Banat und ein erprobter Vorkämpfer des Deutschtums im Ausland.

Der Prinz von Wales, der älteste Sohn des Königs Georg von England, wird sich nach dem „Daily News“ mit der Tochter eines schottischen Bais verloben. Damit sei die Gefahr der Verbindung mit einer ausländischen (deutschen) Prinzessin glücklichweise beseitigt.

Kleinrentnerhilfe. In Gwelsberg (Rheinpr.) hat sich ein Rentnerbund namentlich von Sozialrentnern gebildet, der sofort die Unterstützung der Industriekreise fand. Diese werden zur Erzielung ständiger Einnahmen bis auf weiteres monatlich ein Lausendstel der Lohnsumme an den Bund abführen. Es besteht Aussicht, daß sich auch der Handel, die freien Berufe und die Innungen dem Vorgehen anschließen werden. Eine ähnliche Einrichtung soll in Köln geschaffen werden, doch soll hier der Beitrag wesentlich höher sein, nämlich ein Hundertstel aller Gehälter und Löhne, wovon Arbeitgeber und Arbeitnehmer je die Hälfte tragen sollen.

Der amerikanische Weihnachtsmann. Eine Kriegswitwe in Borna (Sachsen) schickte ihre beiden Kinder, einen Bub und ein Mädchen, nach Leipzig; sie durften den Geburtstag des Mädchens, da es zu einem Geschenk nicht reichen wollte, in der Weise feiern, daß sie die Weihnachtsherrlichkeiten in den Leipziger Geschäftsläden anstauen und in einem Kaffeehaus sich an einer Tasse Kaffee erfrischen konnten. Als sie nun dort auf die bestellte Tasse warteten, setzte sich ein Herr zu ihnen, der ein Gespräch anknüpfte und bald alles wußte, was er wissen wollte. Wie erstaunt waren die Kinder, als statt des Kaffees ein reiches Mahl aufgetragen wurde, zu dem der Herr die Kinder einlud. Dann kam erst noch der Kaffee mit sozial Kuchen, daß für die Mutter noch ein großes Stück übrig blieb. Am größten war die Ueberraschung, als noch am Weihnachtsabend ein großes Paket mit allerlei Gaben und einem ansehnlichen Geldbetrag eintraf, mit dem der Deutschamerikaner vor seiner Abreise seine Grüße aus Hamburg überbrachte.

Der Milchpreis in München wurde auf 250 Mark für das Liter festgesetzt.

Der Milchpreis in Berlin wurde von 184 auf 216 Mark für das Liter erhöht, davon entfallen auf den Erzeuger, der die Milch frei Berlin zu liefern hat, 141 Mark.

Großstädtische Gemüsepresse. Ein Kleinrentner in der Umgebung Berlins, der Gemüse baut und es an Händler abgibt, schreibt dem „Vorwärts“ über seinen Besuch der Markthallen in Berlin-West: Da sah ich meine Ware liegen. Für Mohrrüben, die ich für 6 Mark das Pfund verkaufte, wurden auf dem Markt 20 Mark verlangt, für Grünkohl 40 Mark, für den der Gemüsebauer 8 Mark etc. Der von mir gekaufte und besonders verpackte Porree kostete auf dem Markt 100 Mark, der Bund (1 1/2 Pfund), ich selbst hatte 12 Mark erhalten.

Die Grippe fordert in Dresden täglich mehrere Opfer. Auch die besonders gefährliche Gehirngrippe tritt wieder stark auf.

Ein junger Steinadler wurde in Kamenz (Sachsen) von einem Förster im Raubzugefangen. Der Adler hatte sich wohl infolge des Nebels verirrt; er besitzt eine Flügelspannung von 1,85 Meter.

Der bedrohte Fischreier. Der Jagdschützenverein in Hameln (Hannover) erhob beim preussischen Landwirtschaftsministerium Einspruch dagegen, daß der Fischreier als gefährlicher Fischräuber erklärt werde. Dadurch werde einer der schönsten Biegel der Oberweser durch Abschluß zum Aussterben verurteilt.

Das Urteil im Klante-Prozess. Am 5. Januar wurde in dem Strafverfahren gegen den Glücksspieler Max Klante in Berlin das Urteil gesprochen. Klante kam mit 3 Jahren Gefängnis, 105 000 M. Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust davon. Der Haftbefehl wird gegen eine Sicherheit von 500 000 M. aufgehoben. Auf die Strafe werden 1 Jahr 3 Monate Untersuchungshaft angerechnet. Hoenig erhielt 3 Jahre Gefängnis und 50 000 M. Geldstrafe, Epstein 4 Monate Gefängnis; letztere beiden können sich mit Bußen von 10 000 bzw. 300 000 Mark lösen.

Unehrlisches Doll. In Stettin wurde ein Paar abgefaßt, das soeben einem durchreisenden Schweden einen Koffer mit wertvollem Inhalt gestohlen hatte. In der Wohnung des Paares in Sagnitz (Rügen) fand man Berge gestohlener Reisekoffer und Diebesware im Wert von vielen Millionen. Das Verbrecherpaar, ein Schlosser namens Brandenburg und eine geschiedene Frau Bahl aus Frankfurt a. M., hatten seit langer Zeit in den Schnellzügen Berlin-Sagnitz, Hamburg, Breslau, Köln, Basel usw. eine große Anzahl von Eisenbahndiebstählen ausgeführt und auch die Gepäckwagen bestohlen. Brandenburg führte stets einen geladenen Revolver bei sich. Er ist verdächtig, auch einige Raubüberfälle im Eisenbahnwagen verübt zu haben.

Ein 20jähriger Angekommener einer Berliner Bank fühlte einen Scheck über 30 Pfund Sterling. Als er sich entdeckte sah, erschrock er sich in der Bank. — Auf dem Bahnhof in München verlor ein Kaufmannsehepaar aus Köln seinen Gepäckkoffer. Als es den Verlust entdeckte, waren die Koffer mit 5,5 Millionen Mark Wert schon von einem Unbekannten abgeholt.

Auf dem Güterbahnhof Berlin-Steglitz entdeckte ein Bahnarbeiter ein Faß Rum. Sofort wurde es angebohrt und alles eiste, um sich an dem köstlichen Rah zu laben. Schließlich waren die Freibeuter, Männer und Frauen, total betrunken und es wurden so wilde Lärme aufgeführt, daß einige Pferde scheuten und durchgingen. Der Ueberwachungsdiens des Bahnhofs hatte von dem wilden Treiben gar nichts bemerkt. — Solche Dinge wurden früher scherzweise aus dem Württemberg-Rußland berichtet.

Fünf Dynamitkisten verhaftet. Die Polizei in Halle a. S. hat fünf Burschen wegen des Dynamitanklages auf das Kaiserdenkmal und auf das Haus des Kommerzienrats Lehmann verhaftet. Einer derselben gestand, mit seinen Genossen in den Karbenitwerken 3 Zentner Dynamit gestohlen zu haben. Der Sprengstoff ist wieder beigebracht.

Gutes Geschäft durch Diebstahl. Zwei Kassenboten des Bankhauses J. L. d. w. e. n. t. h. a. l. in Berlin waren am 14. September mit ausländischem Geld im damaligen Wert von 12 Millionen Mark flüchtig gegangen. Nach hochgelegener Umwandlung wandten sich die Diebe nach Bad Wildungen, wo sie ein flottes Leben führten, aber schließlich verhaftet wurden. Sie hatten einen großen Teil des unterschlagenen Gelds in der Nähe von Berlin vergraben. Es wurde wieder gefunden und hat inzwischen durch die Marktentwertung sehr an Wert gewonnen, daß die Bank nach Abzug des „verpufften“ Geldes noch einen Gewinn von 18 Millionen Mark hat. Die Diebe wurden zu 5 und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Neuregelung der Unfallrenten

Nach § 3 des Gesetzes über Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung vom 28. Dezember 1921 betragen die Gesamtbezüge des Empfängers einer Vollrente aus der Unfallversicherung 32 000 Mark jährlich und die Gesamtbezüge des Empfängers einer Hilfslosenrente, die nach § 760 der Reichsversicherungsordnung bis auf den vollen Jahresarbeitsverdienst erhöht worden ist, 48 000 Mark jährlich. Kann schon ein Verletzter, der seine Erwerbsfähigkeit ganz verloren hat, mit einer monatlichen Rente von 2867 Mark nicht auskommen, so ist ein Rentenempfänger, der infolge seiner Hilfslosigkeit auf fremde Wartung und Pflege angewiesen ist, mit dem monatlichen Betrag von 4000 Mark der Not preisgegeben, wenn ihm nicht noch andere Einkommensquellen zur Verfügung stehen. Ermittlungen des Reichsarbeitsministeriums haben aber ergeben, daß in weitem Umfang auch solche Personen Zulage empfangen, die abgesehen von der Zulage ein nach den heutigen Verhältnissen auskömmliches Einkommen, insbesondere aus der Arbeit haben. Denn viele Unfallverletzte erhalten von ihren Arbeitgebern nach wie vor vollen Tariflohn, sei es, daß sie ihn wirklich verdienen, sei es, daß die Arbeitgeber in wohlwollender Weise von der in den meisten Lohnverträgen vorhandenen Bestimmung keinen Gebrauch machen, die es ihnen ermöglicht, im Einvernehmen mit der Arbeitnehmervertretung den Lohn dauernd Minderleistungsfähiger entsprechend niedriger festzusetzen. Fest steht weiter, daß viele Lohnverträge die Bestimmung enthalten, daß die Unfallrenten vom Lohn nicht gekürzt werden dürfen, auch dann nicht, wenn der Unfallverletzte außerdem vollen Tariflohn erhält.

Es liegt auf der Hand, daß bei unserem heutigen Wirtschaftsleben mit den Mitteln für soziale Fürsorge häuslicher umgegangen werden muß, damit namentlich da, wo die Leistungen dringend notwendig sind und wo sie selber eben nicht annähernd ausreichen, die Hilfe in genügendem Maß gewährt werden kann.

Das Reichsarbeitsministerium hat deshalb dem Reichstag dieser Tage den Entwurf eines zweiten Gesetzes über Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung zugehen lassen. Der Entwurf sieht aber vor, daß Deutschen, die auf Grund der reichsgerichtlichen Unfallversicherung eine Rente beziehen, so lange sie sich im Inland aufhalten, auf Antrag eine Zulage zu ihrer Rente gewährt wird. Für Zulagen zu einer Vollrente oder zu einer die Vollrente übersteigenden Rente bedarf es dagegen keines Antrags. Der neue Gesetzentwurf hält zunächst an dem Grundsatze fest, daß die Zulagerenten nur solchen Unfallrentenempfängern gewährt werden, die 33% vom Hundert oder mehr Unfallrente erhalten. Der Entwurf sieht aber neu die wichtige Einschränkung vor, daß die Zulage ganz oder teilweise verweigert werden kann, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht oder nicht ganz benötigt wird. Die Forderung darüber soll zunächst den Versicherungsträgern und den rechtsprechenden Behörden überlassen bleiben, die je nach den mannigfaltigen Verhältnissen des Wirtschaftslebens das verständige Maß zu finden haben. Feste Grundzüge werden sich allmählich, insbesondere nach grundsätzlichen Entscheidungen des Reichsversicherungsamts herausbilden. Daß bei der Entscheidung des Antrags auf die gesamte wirtschaftliche Lage des Rentenempfängers, insbesondere auf seine Erwerbs- und Einkommensverhältnisse und die Lage des Arbeitsmarktes Rücksicht genommen werden muß, ist anzunehmen. Erreicht ein Rentenempfänger, wie es bei dem zurzeit noch bestehenden Bedarf an Arbeitskräften häufig der Fall ist, trotz seiner Verletzung den vollen Tariflohn, so wird die Notwendigkeit einer Gewährung der Zulage im allgemeinen aber verneint werden.

Die bisherigen Sätze für die Berechnung der Zulage werden durch den neuen Gesetzentwurf verdreifacht. Der Entwurf sieht ferner davon ab, für die Berechnung der Zulage solcher Verletzten, deren Hundertsätze die Zahl 50 insgesamt nicht erreichen, besondere (niedrigere) Jahresarbeitsverdienste vorzuschreiben. Die Zulage soll nicht länger als drei Monate rückwärts, gerechnet vom Beginn des Monats, in dem der Antrag eingegangen ist, gewährt werden.

Von großer Bedeutung ist die Bestimmung des Gesetzentwurfs, daß die Einschränkung der Zuschlagsgewährung auf Antrag und wirkliche Bedürftigkeit des Rentenempfängers sich nur auf solche Zulagen erstreckt, die das Gesetz neu bringt bzw. erhöht. Dagegen sollen die bisherigen Bezüge, um jede Härte zu vermeiden, nicht be-

rührt werden. Zulagen, auf die beim Inkrafttreten der neuen Vorschriften auf Grund der bisherigen Vorschriften ein Anspruch besteht, sollen also nur dann entzogen oder herabgesetzt werden können, wenn das schon nach den bisherigen Vorschriften geboten gewesen wäre. Sie sollen ferner erhöht werden können, wenn die Voraussetzungen des neuen Gesetzes erfüllt werden. Liegt keiner der beiden Fälle vor, so sind sie in der bisherigen Höhe weiter zu gewähren. Zur Beruhigung der Rentenempfänger sei also gesagt, daß ihnen die bisher bewilligte Zulagerente in der alten Höhe weitergemährt wird, das Gesetz will keine bisherigen Renten entziehen, er will nur den Rentenempfängern, die sich in wirtschaftlicher Not befinden, und die nur auf die bisherigen, der heutigen weiter fortgeschrittenen Geldentwertung nicht mehr angepassten Renten angewiesen sind, eine Erhöhung der Zulagerente bringen. Derartige Rentenempfänger soll die bisherige Zulagerente, wie gesagt, verdreifacht werden.

Letzte Nachrichten.

Deutsche Antwort auf die französische Forderung.

Berlin, 8. Jan. Die französische Regierung veröffentlicht eine Denkschrift über die deutschen Sachlieferungen, die den Nachweis erbringen sollte, daß Deutschland bei der Lieferung von Kohlen, Holz, Pflastersteinen, Schotter und Stützholz und in der Behandlung des La Troquerischen Planes gegenüber den ihm obliegenden Verpflichtungen sich systematisch absichtliche Verstöße begangen habe, die die Kohlenlieferung bereits entgegengetreten worden. Auch bezüglich der übrigen Sachlieferungen wird jetzt von zuständiger deutscher Stelle durch detaillierte Darstellung des Sachverhalts der Nachweis erbracht, daß die französische Denkschrift in jedem Falle eine absichtliche Verfälschung Deutschlands künstlich konstruiert. Die deutsche Erwiderung kommt zusammenfassend zu folgendem Ergebnis: Es wird zugestanden, daß die deutsche Regierung die ihr seitens der Reparationskommission auferlegten Verpflichtungen auf dem Gebiet der Holz-, Kohlen- und Pflastersteinlieferungen nicht in vollem Umfang erfüllt hat, trotzdem die sämtlichen beteiligten deutschen Stellen von Anfang an den festen Willen gehabt und ihn auch in allen Stadien der Durchführung immer wieder an den Tag gelassen haben, die Lieferung bis zur Grenze der Möglichkeit auszuführen, auch wenn der deutschen Wirtschaft unerträglich erscheinende Lasten aufgebürdet werden. Das teilweise Versagen der Bemühungen ist darauf zurückzuführen, daß diese Forderungen von vornherein die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weit überstiegen. Die Forderung auf Pflastersteinen lautete auf 80 Mill. St. d.; die Forderung wurde auf Grund eigener Erkenntnis der Reparationskommission von einer Lieferungsleistung von 16 600 Tonnen monatlich auf 7500 ab 1. August 1922 herabgesetzt. Geliefert wurden 7000 Tonnen monatlich.

Keine Sonderverhandlungen mit Frankreich.

Berlin, 8. Jan. Staatssekretär Bergmann, der noch am Samstag dem Reichskanzler ausführlich über seine Pariser Eindrücke berichtet hat, hat mit den einzelnen Ressortministern, soweit sie an der Lösung des Reparationsproblems unmittelbar beteiligt sind, Rücksprache genommen. Das Reichskabinett prüft gegenwärtig die Rechtslage. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ein isoliertes Vorgehen Frankreichs, das es aus den angeführten Verhältnissen herleitet, nur als Rechtsbruch angesehen werden könnte und angesehen werden würde. In diesem Falle würde die Reichsregierung sich schuldig zu machen haben, welche Folgerungen sie aus einem solchen Rechtsbruch zu ziehen hätte. Es ist bereits festgestellt worden, daß die Regierung sich nicht auf Sonderverhandlungen mit Frankreich einlassen wird, daß sie vielmehr der Auffassung ist, mit der Gesamtheit der Entente zu tun zu haben. Die Regierung wird auch unter dem Druck von Drohungen sich nicht bereit finden lassen, in Son-

derverhandlungen mit Frankreich einzutreten.

Die französischen Raubpläne.

Paris, 8. Jan. Zu den militärischen Vorbereitungen Frankreichs im Hinblick auf den Vormarsch erzählt die „Daily Mail“, daß die französische Regierung sowie der Generalstab die Absicht haben, mit blühender Gewandtheit vorzugehen. Die ersten Maßnahmen über bereits vorgenommene Schritte sollen nicht früher verbreitet werden als bis die Vorrückung nach Essen oder Bochum oder in andere deutsche Städte vollzogen ist. Der französische Generalstab habe den Plan eines solchen Vormarsches gründlich studiert und oft ausprobiert. Infolge des strengen Geheimnisses, das über diesen Plan verbreitet ist, gehen verschiedene Meldungen durcheinander, und selbst in eingeweihten Kreisen Frankreichs wird die Ansicht verbreitet, daß die französische Militärdiktation nicht auf das Ruhrgebiet beschränkt, sondern sich auf das Rheinland ausdehnen wird, um Nord- und Süd-Deutschland zu trennen. Dieses Projekt sei in der Tat, wie „Daily Mail“ schreibt, ein Lieblingsplan des französischen Generalstabs. Der französische Vormarsch soll nicht erfolgen, ehe der Fälligkeitstermin des 15. Januar abgelaufen ist.

Essen soll am Mittwoch besetzt werden.

Essen, 8. Jan. Nach der Pariser Presse muß Deutschland darauf gefaßt sein, daß die Stadt Essen a. R. am Mittwoch von etwa 5000 Mann französischer Truppen und einer belgischen Brigade besetzt werden wird. Die Besetzung von Essen, dem Sitz des deutschen Kohlen-Syndikats, scheint als Sanktion nach dem Muster der früheren Besetzung von Düsseldorf und Duisburg geplant zu sein und ist kaum in direktem Zusammenhang mit Poincares Föderprogramm im Rheinland und im Ruhrgebiet für ein nach dem 15. Januar zu gewährendes Moratorium zu bringen.

Um eine Intervention Amerikas.

Washington, 8. Jan. In Washington wird erklärt, daß die Möglichkeit einer amerikanischen Intervention in der Reparationsfrage bedeutend unwahrscheinlicher geworden sei, nachdem der Senat beschlossen hat, die am Rhein stehenden amerikanischen Truppen zurückzuziehen. Die Haltung der Vereinigten Staaten in der gegenwärtigen Krise solle die eines Beobachters sein, der gegenüber allen, in die Krise verwickelten Staaten freundschaftliche Gefühle hegen würde.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 8. Jan. 9488,70 (8721,70). 1 Pfd. Sterl. 43 690,50, 100 holl. Gulden 374 002.—, 100 Schw. Fr. 178 552.—, 100 franz. Fr. 84 338.—, 100 ital. Lire 46 382.—, 100 öst. Kr. 13,46, 100 schwed. Kr. 26 334.—, 100 poln. Mark 47.—. Der Wert der Mark im Ausland. Für 100 M. wurden Ende voriger Woche gezahlt in Zürich 0,06 (vor dem Krieg 125,40) Fr., Amsterdam 0,0295 (59,20) Gulden, Kopenhagen 0,06 (88,80) Kr., Stockholm 0,045 (88,80) Kr., Wien 865 (117,80) Kr., Prag 0,45 (117,80) Kr., London 0,0595 (97,84) Schilling, Neupok 0,0120 (23,80) Dollar, Paris 0,1750 (125,40) Fr., Rom 0,2300 (123,45) Lire. Das neue Jahr beginnt mit politischer Hochspannung. Die Pariser Konferenz ist ebenso ergebnislos verlaufen wie die anderen Konferenzen. Ueber die Folgen darf man sich keiner Täuschung hingeben. Es steht zu befürchten, daß Frankreich weitere Gewalt anwenden wird. Die Ausbreitung der Mark besonders am 5. Januar führt den Zusammenhang zwischen Politik und Devisenmarkt wieder recht deutlich vor Augen. Während sich der Dollarkurs zu Beginn des Jahres auf etwas über 7200 M. hielt, ist er am Freitag nach dem Bekanntwerden der Abreise der englischen Teilnehmer an der Konferenz auf 8700 M. hinaufgeklommen. Industrie und Handel rechnen offenbar mit keiner Entspannung der Devisenlage in der nächsten Zeit und suchen sich den dringendsten Devisenbedarf zu sichern. Daß auch das Ausland die europäische Lage recht kritisch beurteilt, geht nicht nur aus den schwachen Renouvoir-Markmeldungen, sondern auch aus dem Rückgang des französischen Frankens hervor. Der Reichsbanknotenumsatz ist in der letzten Dezemberwoche um 143,2 auf 1260,1 Milliarden Mark angewachsen, während der Umlauf an Verlebenschaftenscheinen sich weiter um 86,3 Millionen auf 13,4 Milliarden erhöhte. Der Verkauf von Gold für das Geld durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 8. bis 14. d. Mts. zum Preis von 26 000 Mark für ein Spannguldenstück, 13 000 M. für ein Zehnmarkstück. Für ausländ. Goldminzen werden entzerrende Preise

gezahlt. Für Reichsbanknoten wird bis auf weiteres der 600-fache Betrag des Nennwertes bezahlt. Die Preussisch-Sächsischen Staatslotterien soll, wie eine Korrespondenz mitteilt, an eine Vereinigung von vier Verpächtern abgegeben werden. Die Hypothekendarlehenvermittlung, die im Januar eine große Zahl Hypotheken gehandelt hat, will die Schuldner die Geldentwertung benützen lassen, um die Geldverpflichtungen mit dem schlechteren Geld abzutragen. Der Reichsfinanzminister wird im Reichskabinett diese Lage zur Sprache bringen und Gegenmaßnahmen gegen die Schädigung der Gläubiger vorschlagen. Baulichkeit. Im Dezember sind nur 458 neue Bauten im ganzen Reich gemeldet worden, und das bedeutet nur den achten Teil der Neubauten von einem Jahr zuvor. Gegenüber dem November 1922 ist eine Einschränkung um die Hälfte festzustellen.

Kaufleistungen an Amerika. Das deutsche Koll-Konkordat hat mit der amerikanischen Postamt-Einfuhr-Gesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, der dieser Gesellschaft den gesamten Kollhandel nach den Vereinigten Staaten überträgt. Im J. 1922 belief sich der Verkauf nach Amerika auf 13 Millionen Doppelzentner, seit Anfang Dezember ist eine Abnahme eingetreten. Auch der Absatz im Inland ist ins Stadien geraten, weil die hohen Frachten den deutschen Landwirten den Kollbezug fast unmöglich machen. Der Ausverkauf. Eine Berliner Großbank erhebt aus Amerika den Auftrag, für rund eine Milliarde Mark Kollbergwerkstätten aufzukaufen. In letzter Zeit waren schon hohe Beträge von Kollpapieren für amerikanische Rechnung gekauft worden.

Stuttgarter Börse, 8. Jan. Die im Zusammenhang mit der vorzweifelten politischen Lage eingetretene große Devisensteigerung hatte ein weiteres scharfes Anziehen der Aktienkurse zur Folge. Die Umsätze waren wenig umfangreich, nachdem beinahe nur Kaufaufträge vorhanden waren und das Verkaufsangebot sehr gering war, mußten bei zahlreichen Werten Rationalisierungen Platz greifen. Die Kurssteigerungen betragen bis zu 10 000 Prozent in einem Wert. Wie es scheint, gingen die in Stuttgart notierten Kurse aber die an den anderen Börsenplätzen hinaus. Man bleibt sehr fest. — Bankaktien: Vereinsbank 3000 (2500), Bankanstalt 2300 (1500), Notenbank 6000. — Brauereiwerte: Ravensburg 1500 (1100), Walle 3000 (2500), Kettenschmied 2500, Pfauen 1500, Eßlinger 1650 (1400), Hohenzollern 3200 (3000). — Metallaktien: Feinmetall 32 000 (22 000), Hohner 13 000 (11 700), Jungbans 6500 (5300), Metallwaren 16 000. — Maschinenwerte: Daimler 5600 (4700), Laupheimer 15 000 (12 000), Eßlinger 18 000 (8000), Vetter 6500 (5000), Weingarten 14 000 (12 000), Reckersulmer 4900 (4500). — Textilaktien: Unterhosen 13 000, Erlangen 10 000 (8700), Weingarten 17 000 (15 000), Kolb-Schle 12 500 (12 000), Kollten 10 500 (7000), Filz 8950, Eßlinger 13 000 (11 500), Leinenindustrie 17 000 (15 100). — Uebrigere Werte: Woll 10 000, Heilbronn Zement 8500 (7800), Koll-Kollweil 12 000 (11 000), Krumm 2800 (2600), Salzwerk Hellbrunn 27 000 (22 000), Stuttgarter Zucker 7000, Spiegelwerke 6000 (5500). — Württembergische Vereinsbank.

Stuttgarter, 8. Jan. Landesproduktionsbörse. Infolge der politischen Vorgänge und der dadurch eingetretenen Devisensteigerung ist auch auf dem Getreidemarkt wieder eine weitestgehende Besetzung eingetreten. Das Geschäft hat jedoch noch nicht an Ausdehnung gewonnen, die Käufer halten nach wie vor zurück. Es notierten je 100 Kilogr. für gelbde trockene Ware am württ. Stationen: neuer württ. Weizen 36 000—39 000 M. (am 2. Jan. 32 000—35 000), neue Sommergerste 24 000—27 000 (22 000 bis 25 000), neuer württ. Roggen 32 000—35 000 (28 000—30 000), Hafer 20 000—26 000 (20 000—25 000), Weizenmehl Nr. 0 mit Zusatz von Auslandsgetreide 57 000—62 000 (51 000—56 000), Brotmehl 52 000—57 000 (46 000—51 000), Mele 15 000—16 000 (14 000—15 000), neues Hen 16 000—18 000 (14—16 000), drahtgepreßtes Stroh 13 000—17 000 (unverändert).

Die Kemptener Butter- und Käsebörse wird in Kempten verbleiben.

Berliner Fettmarkt. Butter: 1. Qualität 1700 M., 2. Qualität 1450—1550 M. — Margarine: Die Nachfrage ist lebhaft, da infolge der Devisensteigerung höhere Preise erwartet werden. — Schmalz: Die Vorräte sind gering. Preise steigend.

Der Preis für Weizenmehl Spezial 0 wurde in Mannheim auf 59 500 Mark die 100 Kilo erhöht.

Markte

Schweinemarkt Erlangen, 5. Jan. Ingefahr wurden 41 Stück Milchschweine und 8 Käuferschweine, Handel schleppend. Ein kleiner Rest blieb unerkauft. Preis für ein Milchschwein 14 500 bis 21 000 M., Käuferschweine wurden nicht verkauft.

Ravensburg, 8. Jan. Fruchtmarkt. Auf der Schranne am Freitag kostete der Doppelzentner Weizen 31 000—36 000 M. (verkauft 31,5 D.), Dinkel (Weizen) (verkauft 5,5 D.) 28 000 M., Roggen (19) 26 000—27 000, Gerste (26,5) 26 100—27 800, Hafer alt (35,5) 24 700—26 000 M.

Wetter-Bericht

In den Luftdruckverhältnissen beginnt die Unruhe etwas nachzulassen, allmählich kommt in Süddeutschland wieder Hochdruck auf. Am Mittwoch und Donnerstag ist nach zeitweilig bedecktem, aber in der Hauptsache trockenem und mäßig kaltem Wetter zu erwarten.

Neujahrswunschhebungskarten
haben weiter gelöst: Hermann Brachhold und Frau, Artur Frischke, Dentist und Frau, Bergbahnverwalter Gutbub u. Frau, Josef Wegel z. Rennbachbrauerei und Frau, Frau Wörthhoffer, Villa Schönblid.
Insgesamt gingen für Neujahrswunschhebungskarten 10830 M. ein, wofür dankend bescheinigen
Wildbad, den 4. Januar 1923.
Stadtschultheiß: Böhner. Ev. Stadtpfarrer: Federlin.
Kath. Stadtpfarrer: Fischer.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.
Am Mittwoch, den 10. Januar 1923,
abends 8 Uhr
Generalversammlung
im Gasth. zum „Ratskeller“.
Tagesordnung:
1. Jahres- u. Kassenbericht.
2. Neuwahlen.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Gersters Nähmaschinen
liefert
bei günstigen Zahlungs-Bedingungen unsere Zweigstelle
Andreas Binder, Pforzheim, Pfarrgasse 7.
Anfrage per Postkarte, komme ins Haus.

Alfred Haug
Erika Haug
geb. v. Endres
Vermählte
München, 9. Januar 1923.
Adresse: Herrn v. Thiem, Georgenstr.

Goldene Uhr
von Zeppelin-Eiche bis zur Stadt verloren gegangen.
Abzugeben gegen hohe Belohnung Hotel Traube.
Verloren
schwarze Geldmappe
mit Inhalt. Abzugeben in der Tagblatt-Geschäftsstelle.
Grauer Pferdetepich,
vom „Wilden Mann“ bis Kochstraße verloren gegangen.
Abzugeben an Robert Bollmer, Schreinermeister.

W. B. W.
Morgen Mittwoch
mittag 3 Uhr
bei Kollege Eisele, Röhler Brunnen. (Wichtig).

HAPAG
HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES INC
Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Raucherabteil.
Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer
Ehrenmännliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksaaten durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
STUTTGART: Reichsbank der Hamburg-Amerika-Linie, Hans Hartbrock, Schulstr. 6.
WILDBAD: Haus Chr. Schmid & Sohn, Kz.-Karlstr. 56, Cigarrengröb- u. Kleinverk., -Exp.

Bei Husten, Heiserkeit, Lungenleiden trinkt
Bei Magenbeschwerden aller Art, saurem Aufstossen, Sodbrennen, Appetitlosigkeit etc., nehmt
Hama-Magentropfen.
Vorrätig in der Stadt-Apotheke.